

Geschlechtergerechtigkeit für Frauen und Männer

3

Frauenpolitik fortführen!



Die Frauenbewegung hat viel erreicht. Gleichstellungsgesetze sind in Kraft, in den Kommunen werden Gleichstellungsbeauftragte zur Frauenförderung bestellt, Frauen haben in der Sprache ihren Platz eingenommen

Die Erfolge sind sichtbar. Auch in der Verwaltung des Kreises Coesfeld hat der Anteil an weiblichen Beschäftigten zugenommen, wenn auch in den Leitungsfunktionen die Wende zum Guten noch nicht eingetreten ist.

Wir Grünen begrüßen die (Wieder-) Eröffnung der Regionalstelle Frau und Beruf in der Kreisverwaltung. Diese Stelle ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Gleichstellungspolitik zum Abbau von Informations- und Strukturdefiziten und damit zur Förderung von Frauen im Erwerbsleben.

Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass auch in Zukunft die Co-Finanzierung des Landes gesichert ist, damit die Regionalstelle nun auch dauerhaft den Frauen im Kreis Coesfeld zur Verfügung steht.

Die Angebote freier Träger zur Frauenförderung, -Beratung und Hilfen in Notsituationen sowie die Vernetzung der unterschiedlichen Aufgabenfelder sind eine notwendige Voraussetzung, um ein ausreichendes Angebot sicher zu stellen. Eine solche Arbeit benötigt öffentliche Förderung. Dafür werden wir uns einsetzen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Es sind in den meisten Fällen die Frauen, die für die Betreuung ihrer Kinder zuständig sind. Dementsprechend sind ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt und die Entwicklung ihres beruflichen Fortkommens schlechter, als die der Männer.

Um für Frauen und Männer die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, muss das Angebot an Kinderbetreuung auch über den Rechtsanspruch für Drei- bis Sechsjährige hinaus verbessert bzw. aufgebaut werden. In einigen Städten und Gemeinden des Kreises Coesfeld ist die Einrichtung von Offenen Ganztagschulen in greifbare Nähe gerückt. Durch die Notwendigkeit, bei dieser Schul- und Betreuungseinrichtung Schulträger und Jugendhilfe zusammen zu führen, kommt auf den Kreis Coesfeld eine neue Aufgabe zu. Bündnis 90/Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass Konzeptionen und Ausstattungen an diesen Schulen den Anforderungen von Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern entsprechen.

Gender-Mainstreaming

Sperriger Begriff - lohnendes Ziel.

Gender-Mainstreaming (GM) ist eine Strategie, mit der erreicht werden soll, dass die Rechte und Bedürfnisse von Frauen und Männern in allen Geschäfts-, Politik-, und

Lebensbereichen integriert sind und nachhaltig berücksichtigt werden.

GM ist der "Geschlechter-Interessen-Check", der die Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf das Leben von Frauen und Männern analysiert und geschlechtsspezifische Belange bei sämtlichen Prozessen und Konzepten aller politischen und wirtschaftlichen Ebenen auf den Prüfstand stellt. Mit diesem gleichstellungspolitischen Konzept soll die Ungleichbehandlung zwischen Frauen und Männern beendet werden können.

Gleichstellungspolitische Ziele werden beim GM zu einem durchgängig zu beachtenden Entscheidungskriterium gemacht, vergleichbar mit der Wirtschaftlichkeit. Das Ziel des Gender-Mainstreaming ist erfüllt, wenn die Frage nach dem Geschlecht ebenso selbstverständlich wird wie nach den Kosten und wenn es für das politische Handeln die gleiche Bedeutung erfährt.

Was z.B. in der Jugendarbeit zum Programm gehört, nämlich dass wesengemäße Angebote für Jungen und Mädchen gemacht werden müssen, um sie zu erreichen; was in der medizinischen Forschung allmählich erkannt wird, nämlich dass Behandlung und Medikation bei Frauen und Männer geschlechtsspezifisch betrachtet und angewendet werden sollten - dass ist auf die anderen Bereiche gesellschaftlichen Lebens zu übertragen.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch in der Kommunalpolitik die unterschiedlichen Interessen und Bedarfe von Frauen und Männern berücksichtigt und effizient in entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden.



Jugendpolitik

ist Querschnittsaufgabe

4

Bündnis 90/Die Grünen verstehen Kinder- und Jugendpolitik gerade wegen ihrer spezifischen Ausprägung als Querschnittsaufgabe. Es gibt kaum ein politisches Feld, dass nicht Leben, Denken und Entfaltung junger Menschen berührt. Kindern und Jugendlichen in einem gesicherten Umfeld Möglichkeiten zu schaffen, Zugehörigkeit und Liebe zu erfahren, Erziehung und Bildung zu genießen und am Gesamtspektrum gesellschaftlichen Lebens teilnehmen zu können, ist ein wichtiges Ziel unserer Kommunalpolitik.

Kinder- und Jugendpolitik erscheint aber insbesondere in Zeiten knapper Kassen vorrangig als Problem mit unzureichenden Lösungsangeboten..

Die Stichwörter heißen Kinderarmut, mangelnde Schulbildung, fehlende Ausbildungschancen, Jugendliche mit Migrations-Hintergrund, Jugendkriminalität, Heimunterkunft usw.

Finanzielle Kürzungen aber in diesem Bereich, sei es durch Kürzungen der Landesmittel oder der kommunalen Aufwendungen betreffen nicht nur die Jugendlichen um ihre Chancen, sondern ziehen auch kostspielige Folgeschäden nach sich.

Wir Grünen fordern daher, dass Aufgaben der Jugendhilfe und Jugendarbeit nicht unter dem Zwang des Sparens eingeschränkt werden, sondern dass Modelle entwickelt werden, Bildung, soziales Ler-

nen, leitende Hilfen und Betreuungsangebote zu verbessern.

Wir setzen uns ein für Verständnis und Kompromisse zwischen den Generationen. Wir wollen, dass Jugendliche den Raum bekommen, den sie für ihre Bedarfe und für ihre Entwicklung brauchen, ohne mit den Interessen anderer Menschen in Konflikt zu geraten. Wir unterstützen Initiativen von Kindern und Jugendlichen zur politischen Beteiligung und Einflussnahme.

Wir setzen uns dafür ein, dass Kindergärten und Schulen bedarfsgerechte Förderung zur kognitiven und sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bereitstellen.

Tagesbetreuung für Kinder ausweiten

Bisher ist der Anspruch auf verlässliche Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder im betreuungsbedürftigem Alter nicht eingelöst. Mit den Verpflichtungen für Väter und Mütter, auch für Alleinerziehende, dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur Verfügung zu stehen (Hartz IV), müssen solche Betreuungseinrichtungen erst recht verstärkt zur Verfügung gestellt werden. Bündnis 90/Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass die fehlenden Einrichtungen an öffentlicher Kinderbetreuung nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ bereit gestellt werden. Dabei ist zu beachten, dass die integrative Erziehung für Kinder mit und ohne Behinderungen ausreichend angeboten wird.

Die Einrichtung von Offenen Ganztagschulen ist ein Weg, neben der schulischen und sozialen Förderung auch Betreuungsaufgaben für Schulkinder zu organisieren.

Minderheitenpolitik – eine Politik für uns alle

Jeder und jede von uns gehört aus globaler Sicht in seiner Art einer Minderheit an. Sei es aufgrund seiner Herkunft, körperlicher, psychischer, nationaler oder sozialer Besonderheiten oder aufgrund des gewählten Lebensstils. Dieser Sachverhalt ist Ausdruck einer weltumspannenden Vielfalt, der wir alle unsere Existenz verdanken und der die Toleranz gegenüber unseren Mitmenschen für ein friedvolles Zusammenleben unabdingbar macht.

Das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten und -erfahrungen bringt Austausch und Bereicherung mit sich, baut Vorurteile und Ängste ab und macht offen für neue Ideen.

Deshalb soll Politik dieses Zusammenleben fördern. Vor allem aber soll sie dort gegensteuern, wo der Umgang mit Minderheiten problematisch ist, wo Minderheiten ausgegrenzt werden oder sich selber ausgrenzen, wo es Abwertung und Gewalt gibt. Um ein friedliches Zusammenleben zu fördern, müssen Interessen von Minderheiten bei allen wichtigen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Nicht übereinander reden sondern miteinander Zusammenleben gestalten, den Dialog mit Minderheiten führen, ihnen Heimat in einer ihnen nicht immer freundlich gesonnenen Umwelt geben. Dafür wollen wir uns einsetzen.

z.B. Flüchtlingspolitik

Flüchtlinge und Migranten, die bisher einer restriktiven Umsetzungspolitik ausgesetzt waren, sollen ohne Angst in unserem Kreis leben können. Ihre Verwaltungsangelegenheiten sollen in angemessener Zeit erledigt werden. Die Ausstellung eines Stückes Papier – gleich, ob Duldung oder Aufenthaltsgenehmigung - darf nicht sechs Monate dauern.

Wir wollen für die, die sich schon auf Grund der Gesetzeslage kaum wehren können, eine Politik betreiben, welche die verbrieften internationalen und europäischen Menschenrechte einlöst - die die Würde des Menschen achtet. Menschlicher Respekt und soziale Achtung dürfen nicht zu Phrasen verkommen.

Deshalb sollen auch Flüchtlinge von Amts wegen über ihre Rechte umfassend und verständlich informiert werden - in einer Sprache, die sie verstehen. Bei Ermessensentscheidungen und Härtefällen soll sich die Kreispolitik auch am Wohle und an den Interessen der ausländischen MitbürgerInnen orientieren.

Verwaltung darf nicht immer wollen dürfen, was sie zwar kann aber nicht muss. Verwaltung muss auch kooperieren können mit Initiativen und Verbänden, die Flüchtlinge und Migranten betreuen.

Verwaltung muss sich durch ihr Handeln



ihrer Verpflichtung gegenüber einem christlich-humanitären Rechtsstaat als würdig erweisen.

Wir wollen die neuen durch das Zuwanderungsgesetz ab 2005 vorgeschriebenen Integrationsmassnahmen befördern und ihnen den gebührenden Rahmen geben.

Dazu fordern wir die Einrichtung eines Zuwanderungsforums aus VertreterInnen der Verwaltung, der Wohlfahrtsverbände, der gesellschaftlichen Gruppen und der Initiativen. Das Zuwanderungsforum soll diesen Neuanfang in der Zuwanderungspolitik einleiten und gestalterisch-kritisch begleiten.



macht Leben lebenswert!

Kulturförderung, eine freiwillige Aufgabe des Kreises, ist das noch vertretbar bei dieser angespannten Haushaltslage?

Wir meinen ja!, denn:

- Kreativität, Kritikfähigkeit und soziale Kompetenz sind Schlüsselqualifikationen nicht nur für Erfolg in Beruf und Gesellschaft, sondern auch lebenswichtig für den Erhalt und Ausbau einer lebendigen Demokratie. Im Gestalten und Erleben von Kultur werden diese Eigenschaften sinnvoll (mit Sinnen) erfahren und angewendet.
- Weitgehender Pluralismus bis zur völligen Beliebbarkeit erschwert den Menschen Sinnfindung und Werte-Orientierung. Identifikation mit der eigenen Kultur kann dabei helfen, den eigenen Standpunkt zu erkennen. Darüber hinaus befähigen kulturelle Aktivitäten die Wahrnehmung sowohl der eigenen Besonderheit, als auch die von Anderem, von Fremdem zu steigern, zu respektieren und zu schätzen. Kultur hat somit eine wichtige soziale und integrative Funktion.
- Ein vielfältiges kulturelles Angebot innerhalb einer Gemeinde, eines Kreises, einer Region steigert nicht nur die Lebensqualität für die dort lebenden Menschen, das Sich-dort-Wohlfühlen, sondern ist gleichzeitig identitätsstiftend ("Wir im Kreis Coesfeld").
- Kultur kann darüber hinaus ein weicher bis knallharter Wirtschaftsfaktor sein. Das ist ein mittlerweile offenes Geheimnis.

All diese Grundauffassungen ersparen aber das Sparen auch in diesem Bereich nicht. Pfiffige Ideen müssen her, um die zwei kreiseigenen Kulturzentren, die Kolvenburg in Billerbeck und die Burg Vischering in Lüdinghausen nicht nur weiterhin als wunderschöne historische Gebäude zu erhalten und zu pflegen, sondern auch sinnvoll und dennoch kostengünstig mit kulturellem Leben zu füllen. Aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um mögliche Kooperationspartner zu gewinnen: die Gemeinden und Städte im Kreis, Vereine, Initiativen, die Kirchen, die Euregio und auch Privat-Investoren.

Mischnutzungs-Konzepte zur optimalen Auslastung der beiden Kulturzentren müssen dabei entwickelt werden, wobei folgende Kriterien inhaltlicher Gestaltung für uns wichtig sind:

- Bewahrung der Tradition
- Neues wagen
- Offenheit gegenüber und Ermutigung von möglichen Initiativen
- Berücksichtigung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen.

A propos gesellschaftliche Gruppen, hier Kinder und Jugendliche: Eine weitere Reduzierung der Förderung der jährlich stattfindenden Musikfreizeit in Nordkirchen wird es mit uns nicht geben!

**Kultur ist lebenswichtig.
Wir brauchen viel
Kultur für wenig Geld.
Dafür müssen Ideen
entwickelt werden.**

Energiepolitik

Die Energiewende steht erst am Anfang

7

Mehr Energie einsparen,
Energie rationeller nutzen
und auf erneuerbare
Energien umstellen.

Ausgelöst durch die internationale Klimaschutzdebatte und durch die Zielsetzung der EU in Europa die Stromerzeugung aus regenerativer Energie in den nächsten 10 Jahren zu verdoppeln finden zur Zeit weit reichende Veränderungen in der Energiewirtschaft statt. Unsere Aufgabe ist es, diesen Prozess hinsichtlich seiner ökologischen und sozialen Auswirkungen zu gestalten.

Im Kreis Coesfeld wollen wir mehr Energie einsparen und die rationelle Energienutzung und Umstellung auf erneuerbare Energien entschlossen vorantreiben. Besondere Pilotprojekte sind von Seiten des Kreises leider bisher nicht initiiert worden. Dabei hätte der Kreis viele Möglichkeiten beispielhaft voranzugehen.

z.B. kreiseigene Gebäude: Der Energieverbrauch in den kreiseigenen Gebäuden kann weiter verringert werden durch Energie-sparmaßnahmen, durch Sanierungen und durch Schulung der MitarbeiterInnen.

z.B. Schulen: In den Schulen und Kollegs des Kreises geht es nicht nur um Energieeinsparung, sondern auch darum, die SchülerInnen mit zukunftsweisenden Technologien bekannt zumachen. Wir wollen deshalb Projekte anstoßen, die die SchülerInnen in diesem Sinne "zukunfts-fähig" machen. Das kann die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Schuldächern sein, das können

Fifty-Fifty-Sparprojekte sein oder die Umrüstung der Beleuchtung auf Energiesparlampen.

z.B. Windkraft: NRW hat eine wichtige Bedeutung als Lieferant und Hersteller von Komponenten für Windkraftanlagen. Die Entwicklung der Windkraft in den letzten 10 Jahren von einzelnen Pionieranlagen zu modernen High-Tech Windparks ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Wir unterstützen daher auch im Kreisgebiet den umweltschonenden Bau von Windkraftanlagen an entsprechend ausgewiesenen Standorten.

z.B. Biomasse: Die in der heimischen Landwirtschaft vorhandenen Potenziale zur Biogasnutzung sind bei weitem nicht ausgeschöpft. Biogasnutzung trägt nicht nur zur CO₂-Verringerung bei, sie verbessert auch die Wirtschaftskraft des ländlichen Raumes. Die Bedingungen für den erfolgreichen Betrieb solcher Anlagen haben sich durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und Förderprogramme von Bund und Land deutlich verbessert. Landwirte können jetzt durch den Betrieb einer Biogasanlage ein Zusatzeinkommen als "Energiewirt" erzielen. Wir fordern, dass der Kreis Coesfeld diese Entwicklung durch die Förderung von Referenzanlagen aktiv unterstützt.

Wirtschaftspolitik ist kein Selbstzweck

Lebensqualität und Zukunftschancen sind ganz wesentlich abhängig von einer sozial ausbalancierten, ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise. Wirtschaftspolitik ist also kein Selbstzweck, sondern soll Mensch und Natur zugute kommen.

Bei der Lösung der anstehenden Zukunftsaufgaben mit Hilfe einer innovations-, beschäftigungs- und umweltorientierten Wirtschaftspolitik haben kleine und mittlere Unternehmen eine wichtige Funktion. Ihre Wettbewerbsfähigkeit muss - vor allem in Hinblick auf den Bestandsschutz - gestärkt werden.

Mit seinem Einfluss auf die Wirtschaftsförderungsgesellschaft und auf die Sparkasse sind dem Kreis Coesfeld und seinen politischen Vertreterinnen und Vertretern Mittel in die Hand gegeben, die Wirtschaftsentwicklung mitzugestalten.

Wir Grünen setzen uns dafür ein, durch gezielte Werbung und Förderung die Ansiedlung neuer Branchen (z.B. im Technologiesektor) das Wirtschaftsspektrum zu erweitern und damit hochqualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erschließen. Dabei darf das wirtschaftliche Gesamtkonzept in unserem Kreis nicht außer Acht gelassen werden. Unter Einbeziehung bestehender Betriebe des Einzelhandels, des Tourismus, der Landwirtschaft und des Handwerks sowie der Dienstleistungsbetriebe sind Maßnahmen zum Erhalt ihrer Existenzgrundlagen genau so voranzu-

treiben, wie die Ansiedlung neuer Wirtschaftszweige, die das vorhandene Angebot ergänzen. Dazu gehört auch die Förderung von Ökobauern und Direktvermarktern und anderen alternativen Produktions- und Dienstleistungsbetrieben, die mit ihrer innovativen umweltorientierten Wirtschaftsweise neue Märkte und Bedarfe eröffnen und damit zukunftssichere und arbeitsplatzschaffende Angebote schaffen.

Arbeitsplätze schaffen – Ausbildung sicher stellen

Arbeitslosigkeit gekoppelt an ein existenzsicherndes Einkommen hat eine neue Dimension erhalten. Im Kreis Coesfeld erwarten wir einen Anstieg von 2.900 Fällen, bei denen Menschen für ihren Lebensunterhalt von der Unterstützung durch Sozialleistungen abhängig sind.

Um so mehr kommt der Arbeitsförderung und –Vermittlung eine bedeutende Aufgabe zu.

Wir hoffen, dass die bereitgestellten Finanzmittel der Bundesregierung dazu beitragen, Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt besser als bisher entwickeln und ergreifen zu können.

Wir unterstützen die Bewerbung des Kreises Coesfeld, als eine der Modellkörperschaften, die Beratung, Schulung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen kommunal und dezentral bei den Kommunen abwickeln zu wollen.

Wir treten dafür ein, dass der Kreis in Kooperation mit den Gewerbetreibenden vor Ort zur Vermittlung von Ausbildungsplätzen beiträgt.

Der Ausbau von Ausbildungszweigen an den Berufskollegs und die Fortführung des sogenannten Coesfelder Modells zu einer erweiterten Verwaltungsausbildung sind Wege, die wir unterstützen.